

## ***Wahlen in Taiwan: Votum für Stabilität***

Günter Schucher

Am 14. Januar 2012 wurden in Taiwan zugleich Wahlen für den Präsidenten und das Parlament abgehalten. Amtsinhaber Ma Ying-jeou (Ma Yingjiu) von der Kuomintang (Guomindang) wurde mit deutlicher Mehrheit wiedergewählt und verfügt auch weiterhin über eine Mehrheit im Parlament.

### **Analyse**

Das klare Wahlergebnis überraschte alle Beobachter und auch die Parteien in Taiwan selbst, denn in den Vorhersagen war stets von einem Kopf-an-Kopf-Rennen ausgegangen worden. Offensichtlich waren die Umfragen zu sehr von Parteiinteressen beeinflusst gewesen und konnten daher auch die Stimmung in der großen Gruppe der „Unentschiedenen“ nicht erfassen. Unterschätzt worden war auch die Bedeutung stabiler Beziehungen zu der VR China für die Wähler, während der Unmut über die wirtschaftlichen Probleme Taiwans überschätzt wurde.

- Das Ergebnis stellt ein Votum der Taiwaner für die Fortsetzung der wirtschaftlichen (nicht der politischen) Annäherung an China dar, die auf der Basis eines nicht fixierten „Konsens von 1992“ erfolgt, wonach beide Seiten von „einem China“ ausgehen, aber die genaue Interpretation dieses „China“ offenlassen. Ma konnte in seinem Wahlkampf glaubhaft machen, dass die verbesserten Wirtschaftsbeziehungen Taiwan angesichts der gegenwärtigen globalen Krisenerscheinungen wettbewerbsfähiger machen.
- Auch die USA und die VR China, die sich offiziell aus dem Wahlkampf raushielten, haben den Taiwanern verschiedentlich zu verstehen gegeben, dass sie eine stabile Fortsetzung der bisherigen Politik befürworten. Entsprechend nahmen sie das Wahlergebnis erleichtert zur Kenntnis.
- Mas Herausforderin Tsai Ing-wen (Cai Yingwen) von der Demokratischen Fortschrittspartei blieb in ihrer Einstellung zur Chinapolitik bis zum Schluss vage und versuchte, dieses Thema eher zu vermeiden. Sie setzte stattdessen auf wirtschafts- und sozialpolitische Themen. Damit konnte sie offensichtlich nur die Stammwählerschaft der Partei erreichen.
- Für Taiwans Demokratie waren die Wahlen und auch die dadurch gestärkte Opposition ein Erfolg. Ma kann seine Politik fortführen, hat aber von den Wählern auch Grenzen aufgezeigt bekommen.

*Schlagwörter: Taiwan, Wahlen, Wahlkampf, KMT, DPP*

## Wahlen in Taiwan

Am 14. Januar 2012 waren die Taiwaner aufgerufen, sowohl ihren Präsidenten als auch die Abgeordneten des Legislative Yuan, des taiwanischen Parlaments, neu zu wählen. Für das Präsidentenamt kandidierten der Amtsinhaber Ma Ying-jeou (mit Wu Den-yih (Wu Dunyi) als Vize) von der Nationalpartei (Kuomintang, KMT) sowie seine Herausforderer von der Demokratischen Fortschrittspartei (Democratic Progressive Party, DPP) – Tsai Ing-wen und Su Jia-chyuan (Su Jiaquan) – und von der People First Party (PFP) – James Soong (Song Chuyu) und Lin Ruey-shiung (Lin Ruixiong). Ma bzw. die KMT sowie Soong und seine PFP gehören beide zum „blauen“ Lager, während die DPP, die aus der Unabhängigkeitsbewegung hervorgegangen ist, dem „grünen“ Lager angehört. Für das Parlament kandidierte neben weiteren kleinen Parteien auch die vom ehemaligen Präsidenten

Entgegen aller Voraussagen waren beide Ergebnisse relativ eindeutig. Zwar büßte Ma gegenüber seinem „Erdrutsch-Sieg“ aus dem Jahr 2008 knapp 770.000 Stimmen ein (bei 18 Mio. Wahlberechtigten), siegte aber deutlich mit 51,6 Prozent vor seiner Konkurrentin Tsai, die auf 45,6 Prozent kam und rund 650.000 Stimmen gegenüber 2008 hinzugewinnen konnte. James Soong, der in den Vorhersagen noch bei 5 bis 7 Prozent gelegen hatte, konnte nur 2,8 Prozent der Stimmen auf sich vereinen (siehe Tabelle 1). Im Parlament verlor das „blaue“ Lager zwar 18 Sitze, sicherte sich aber mit insgesamt 67 Abgeordneten (64 für die KMT und 3 für die PFP) eine komfortable Mehrheit und damit auch weiterhin die Unterstützung für Mas Politik. DPP und TSU kamen zusammen nur auf 43 Sitze (40+3). Und während Ma sich bei seinen Anhängern für das geschenkte Vertrauen bedankte, trat Tsai – wie es in der DPP so üblich ist – von ihrem Posten als Parteivorsitzende zurück.

**Tabelle 1: Präsidentenwahl 2012 (im Vergleich zu 2008)**

	2012		2008*		2012:2008
	Stimmen	Anteil	Stimmen	Anteil	Stimmendifferenz
Ma Ying-jeou, Wu Den-yih	6.891.139	51,6024%	7.659.014	58,45%	- 767.875
Tsai Ing-wen, Su Jia-chyuan	6.093.578	45,6301%	5.444.949	41,55%	+ 648.629
James Soong, Lin Ruey-shiung	369.588	2,7676%			
Abgegebene Stimmen (Wahlberechtigte)	13.452.016 (18.086.455)		13.103.963 (17.321.622)		
Wahlbeteiligung	74,38%		76,33%		

Anm.: \* Ma und Vincent Siew (Xiao Wanchang) (KMT), Frank Hsieh (Xie Changting) und Su Tseng-chang (Su Zhenchang) (DPP).

Quelle: Eigene Zusammenstellung.

ten Lee Teng-hui (Li Denghui) inspirierte Taiwan Solidarity Union (TSU), die ebenfalls zum „grünen“ Lager gehört. Hier waren insgesamt 113 Sitze zu vergeben, davon 79 an einzelne Kandidaten (73 in Wahlkreisen und sechs über zwei Listen für Ur- einwohner) und 34 über Listen der Parteien.<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Soweit nicht anders angegeben, beruhen die Angaben auf Meldungen der taiwanischen Presse (v.a. *China Post* und *Taipei Times*), der Parteien und der Zentralen Wahlkommission. Außerdem möchte ich mich bei der Taiwanvertretung in Hamburg und beim taiwanischen Außenministerium für die Einladung bedanken, die u.a. mir im Oktober 2011 Gelegenheit für Gespräche mit Vertretern von Parteien und Think Tanks in Taipei gab. Im Folgenden werden die Begriffe chinesisches und China synonym für die Volksrepublik China verwendet.

## Überraschendes Ergebnis

Das eindeutige Wahlergebnis hat nahezu alle Beobachter überrascht; denn aufgrund der in Taiwan sehr beliebten Umfragen<sup>2</sup> war – soweit sie von eher „blauen“ Institutionen durchgeführt wurden – zumindest ein Kopf-an-Kopf-Rennen vorhergesagt worden, wenn nicht sogar – bei eher „grünen“ Institutionen – ein knapper Sieg Tsais. Spekulationen, ob die beiden Lager hier vielleicht absichtlich mit „gefärbten“ Ergebnissen operiert haben, um ihre jeweilige Klientel zu mobilisieren,

<sup>2</sup> Umfragen sind bis zehn Tage vor den Wahlen erlaubt.

dürften insofern weniger zutreffend sein, als in den Parteien selbst nach Bekanntwerden des Ergebnisses Debatten über die Ursachen der Fehlprognosen entbrannten. Das Problem dürfte daher wohl eher in der „Färbung“ der fragenden Organe selbst liegen und in dem Umstand, dass es ihnen nicht gelungen ist, die Tendenz in der mit 10-20 Prozent der Wahlberechtigten relativ großen Gruppe der „Unentschiedenen“ zu erfassen.

Das Ergebnis zeigte deutlich:

1. Ma konnte sich das „blaue“ Wählerpotenzial von 50+ Prozent erneut sichern. Die KMT hat beide Wahlen gewonnen und Ma kann seine Politik auch in einer zweiten Amtszeit fortführen (ein drittes Mal darf er nicht kandidieren).
2. Tsai ist es gelungen, die DPP in für alle unerwarteter Schnelle aus dem Tief vom Jahr 2008 herauszuführen, in das die Partei nach der achtjährigen Amtszeit von Präsident Chen Shuibian gefallen war. Die DPP konnte das „grüne“ Wählerpotenzial zurückgewinnen, jedoch nicht die Unentschiedenen.
3. Die PFP konnte zwar über fünf Prozent und damit drei Sitze im Parlament gewinnen, aber bei den Präsidentschaftswahlen wählten die „Blauen“ doch lieber „taktisch“ Ma, um nicht – wie es im Jahr 2000 schon einmal passiert war – durch ein Aufsplitten der Stimmen auf zwei Kandidaten den „Grünen“ zur Präsidentschaft zu verhelfen.
4. Mit der TSU (8,9 Prozent, 3 Sitze) zog darüber hinaus eine weitere „grüne“ Partei ins Parlament ein, die prononcierter als die DPP für Unabhängigkeit und Ablehnung des „Chinafreundlichen“ Kurses von Ma steht.

### „Referendum für den Konsens von 92“

Unter dem Strich wurde das Ergebnis von nahezu allen Beobachtern als Bestätigung von Mas Chinapolitik gesehen, als „Referendum für den Konsens von 1992“. Dieser „Konsens von 92“ bildet die Grundlage der Gespräche und Verhandlungen, die Ma nach seiner Wahl im Jahr 2008 in Gang setzte<sup>3</sup> und die bisher zu 16 Vereinbarungen geführt haben, darunter einem Rahmenabkommen

<sup>3</sup> Die Gespräche werden, da China Taiwan nicht anerkennt, sondern als „Provinz“ betrachtet, von Nichtregierungsorganisationen geführt: der SEF (Strait Exchange Foundation) auf taiwanischer und der ARATS (Association for Relations Across the Taiwan Straits) auf chinesischer Seite.

zur wirtschaftlichen Kooperation (ECFA, Economic Cooperation Framework Agreement), das am 1. Januar 2011 in Kraft trat (siehe Tabelle 2).

Ma, dem zwar viele bescheinigten, keinen besonders guten Wahlkampf geführt zu haben, konnte in diesem allerdings stets auf den seit dem Jahr 2010 zu verzeichnenden Aufschwung und die wirtschaftlichen Vorteile verweisen, die sich für Taiwan aus der Entspannung mit China ergeben. Ohne die verbesserte Kooperation und vor allem die Exportzuwächse nach Inkrafttreten von ECFA hätte Taiwan nicht so schnell aus dem Tief herausgekommen können, in das das exportabhängige Land durch die globale Finanzkrise und die Probleme in den Nachfrageregionen Europa und USA im Jahr 2009 geraten war. Zwar hat er sein 6-3-3-Wahlversprechen von 2008 nicht erfüllen können, wofür er sich im Oktober 2011 entschuldigte: 6 Prozent jährliches Wirtschaftswachstum, ein Pro-Kopf-Einkommen von 30.000 USD und eine Arbeitslosigkeit von höchstens 3 Prozent. Aber dank seiner Chinapolitik und der Förderung von Zukunftsindustrien, die er auch in seinem Programm für die nächste „Goldene Dekade“ festschrieb, könne er dieses Ziel zumindest in seiner zweiten Amtszeit erreichen.

**Tabelle 2: Entwicklung der chinesisch-taiwanischen Beziehungen seit 2008**

Datum	Vereinbarung
Juli 2008	Direktflüge zwischen China und Taiwan; Erlaubnis für chinesische Touristengruppen zum Besuch Taiwans
Dezember 2008	Einrichtung direkter Frachtflüge und Schifffahrtslinien
Juni 2009	Genehmigung chinesischer Direktinvestitionen in Taiwan
Januar 2010	Inkrafttreten eines MOU über Finanzfragen
Januar 2011	Inkrafttreten des ECFA: u.a. Reduzierung von Zöllen für 539 Exportgüter nach und 267 Importgüter aus China
März 2011	Öffnung weiterer Industriesektoren für chinesische Investitionen (insges. 247)
Juni 2011	Ermöglichung individueller Reisen für chinesische Touristen

Quelle: DBS Group Research 2012.

Tsai wiederum hat in ihrer gut geführten Wahlkampagne das Thema der Beziehungen zu China eher zu vermeiden gesucht und stattdessen die (fehlenden) Führungsqualitäten Mas sowie die

wirtschaftlichen und sozialen Fehlentwicklungen unter seiner Präsidentschaft thematisiert. War es ihr auch gelungen, die DPP von ihrer Ablehnung jeglicher Gespräche mit China wegzuführen (Duchâtel 2011), so blieb die Partei doch bei ihrer Haltung, die Existenz eines „Konsenses von 92“ zu negieren. Im November 1992 sollen sich die halb-offiziellen Vertreter Taiwans und Chinas in Hongkong darauf verständigt haben, dass beide Seiten als Basis weiterer Verhandlungen von „einem China“ ausgehen, die jeweilige Interpretation, wie dieses aussehe, aber offen lassen (chin.: *yizhong ge-biao*). Nach Ma Antritt als Präsident im Jahr 2008 wurde diese nachträglich gefundene Formel zur Grundlage der folgenden Verhandlungen gewählt.

Indem Tsai und die DPP den Konsens für „fabriziert“ und nicht existent erklärten, zugleich aber die Wählerschaft – sowie China, die USA und andere Verbündete – beruhigen wollten, dass auch sie durchaus offen für die Fortführung der Gespräche mit China seien, standen sie vor einem Dilemma; denn China machte unmissverständlich deutlich, dass es ohne Konsens keine Gespräche geben würde. Tsai argumentierte daher, dass der „Konsens von 92“ von der KMT ohne Rückversicherung in der taiwanischen Gesellschaft erfunden wurde und damit kein Konsens innerhalb Taiwans sei. Er würde die taiwanische Gesellschaft eher spalten und sie wolle entsprechend zunächst Einigkeit in Taiwan über die Haltung zu China herstellen, eben einen „Taiwan-Konsens“. Diese Formel blieb allerdings bis zum Ende des Wahlkampfes relativ vage und konnte weder die traditionellen Wähler überzeugen (wie auch die hohe Stimmzahl für die kompromisslosere TSU bei den Parlamentswahlen zeigt), geschweige denn neue hinzugewinnen. Obwohl Tsai des Weiteren erklärte, sie wolle die Beziehungen zu China in einen größeren multilateralen Rahmen stellen, machte sogar die US-Regierung indirekt deutlich, dass sie Zweifel an der Fähigkeit Tsais habe, für stabile Beziehungen zu China zu sorgen.

Die überwältigende Mehrheit der Taiwaner (zuletzt knapp 90 Prozent) spricht sich seit Jahren in Umfragen für einen Status quo in den Beziehungen zu China aus, nur ein verschwindend kleiner Prozentsatz ist für Unabhängigkeit oder Wiedervereinigung „so schnell wie möglich“. Zweifeln und Ängstlichen versicherte Ma im Wahlkampf ein ums andere Mal, dass er auch weiterhin an seinen „Drei Nein“ (keine Wiedervereinigung,

keine Unabhängigkeit, keine Anwendung von Gewalt) festhalten werde. Wie sensibel das Thema ist, zeigte sich, als er am 17. Oktober 2011 im Zusammenhang mit der Vorstellung seines „Goldene-Dekade“-Programms die Ansicht äußerte, man könne wohl in den nächsten zehn Jahren über den Abschluss eines Friedensabkommens mit China nachdenken. Die Opposition reagierte sofort und warf ihm vor, die Wiedervereinigung zu wollen – ein Vorwurf, der vielen einleuchtete, da China seit längerem auf politische Gespräche drängt – und im Übrigen kein Hehl daraus macht, dass sie am Ende auf Wiedervereinigung abzielt. Ma versuchte das Schlimmste zu verhindern, indem er zunächst drei Vorbedingungen für politische Gespräche mit China nannte: Die Nation müsse ein solches Abkommen brauchen, die öffentliche Meinung müsse es unterstützen und die Gespräche müssten vom Parlament überwacht werden. Und dann schob er noch eine Bedingung nach, dass ein solches Abkommen durch ein Referendum bestätigt werden müsse, womit er sich auf dünnes Eis begab, weil sowohl die KMT, aber vor allem China bisher solche Referenden abgelehnt hatten.

Dennoch schien die Position Ma und der KMT wohl vielen Wählern geeigneter, um eine gewisse Stabilität in der Taiwanstraße zu erhalten und wirtschaftliche Vorteile für Taiwan zu sichern, sodass sie letztlich für Ma stimmten. Dies galt vor allem auch für viele Wirtschaftsbesitzer, die sich zahlreicher als bei bisherigen Wahlen klar für einen der Kandidaten, in diesem Fall Ma, aussprachen. Da viele von ihnen ihre Firmen auf dem Festland haben, wurden Sonderflüge eingerichtet, um sie und ihre Beschäftigten nach Taiwan zu fliegen, da Briefwahl nicht möglich ist. Insgesamt sollen so über 200.000 Taiwaner aus China rechtzeitig zur Wahl gekommen sein.

Aber auch die Stammwählerschaft der DPP in den Agrargebieten Südtaiwans scheint zumindest verunsichert gewesen zu sein, da sie durch die intensivierten Wirtschaftsbeziehungen mit China Vorteile verspürte. Während die Chinesen auf die befürchteten Exporte billiger Agrarprodukte nach Taiwan bisher verzichteten, haben sie andererseits verstärkt solche aus Taiwan importiert – manche sprechen von regelrechten „Shoppingtouren“ im Vorwahljahr. Dass die Bauern auch weiterhin DPP wählten und damit die schon traditionelle Nord-Süd-Trennung zwischen KMT und DPP wieder

einmal bestätigten, lag dann letztlich wohl eher an ihrer „Parteitreu“.

### DPP gegen „soziale Ungerechtigkeit“

Angesichts ihrer Schwäche in der Chinapolitik setzte Tsai im Wahlkampf stärker auf – wie es ein Wissenschaftler im „grünen“ Taiwan Thinktank formulierte – „verbindende“ und konkrete Themen, vor allem wirtschaftliche Probleme und soziale Gerechtigkeit. Allerdings scheinen diese Themen der DPP keinen komparativen Vorteil gegenüber Ma verschafft zu haben, da die Wirtschafts- und Sozialdaten nicht in allen Fällen so schlecht sind und vor allem vielen Taiwanern bewusst zu sein scheint, dass die vorgeblichen Versäumnisse Mas angesichts der globalen Wirtschaftsprobleme nicht unbedingt zu ändern waren.<sup>4</sup> Im Einzelnen thematisierte Tsai u.a. die Nichteinhaltung des 6-3-3-Versprechens, die steigenden Wohnpreise, die sich vergrößernde Einkommensschere zwischen Arm und Reich sowie die zu große Abhängigkeit von China.

- Ma hatte versprochen, das Wirtschaftswachstum unter seiner Präsidentschaft auf dem Stand von 2007 zu halten, nämlich bei sechs Prozent. Tatsächlich fiel es als Folge der globalen Finanzkrise schon im Jahr 2008 auf 0,7 Prozent und im Jahr 2009 nahm das Bruttoinlandsprodukt (BIP) sogar um 1,9 Prozent ab.<sup>5</sup> Im Jahr 2010 konnte die Regierung dann allerdings wieder eine Zunahme von 10,9 Prozent verbuchen, die sie vor allem auf ihre Chinapolitik zurückführte. Angesichts rückgängiger Exportaufträge aus den USA, Europa und auch China wird ab 2011 nur noch mit geringeren Zuwächsen von durchschnittlich vier Prozent gerechnet. Diese können allerdings immer noch als relativ robust angesehen werden.
- Die Arbeitslosigkeit, im Jahr 2007 bei 3,9 Prozent, stieg im Zuge der Krise auf 5,9 Prozent

<sup>4</sup> Bei der Wahl im Jahr 2008 spielte für die Entscheidung der Wähler neben den außenpolitisch eher provokativen Vorstößen des Amtsinhabers Chen Shui-bian (DPP) und den Korruptionsvorwürfen gegen ihn besonders das Gefühl eines wirtschaftlichen Abschwungs eine wichtige Rolle (Schucher 2008). Tatsächlich war damals die Lage besser als 2012, aber generell war in dem hoch emotionalen Wahlkampf die Stimmung eher gegen Chen bzw. den DPP-Kandidaten Frank Hsieh.

<sup>5</sup> Alle Zahlen im Folgenden nach EIU 2011, DBS Group Research 2012 und Statistiken der taiwanischen Ministerien für Wirtschaft und Arbeit.

(2009), nimmt seitdem aber wieder ab und hat sich bis Ende 2011 auf 4,4 Prozent eingependelt. Weiter sinken dürfte sie wohl auch in den nächsten Jahren nicht, wenn es auch gegen Ende 2011 aufgrund des Exportrückgangs eine Zunahme „unbezahlten Urlaubs“ gegeben hat. Für Ma gefährlicher als dieses letztlich doch recht niedrige Niveau dürfte die hohe Jugendarbeitslosigkeit sein, von der auch die große Zahl von Hochschulabsolventen betroffen ist. Bei den 20- bis 25-Jährigen, also auch bei vielen Erstwählern, liegt sie seit dem Jahr 2009 bei über zwölf Prozent.

- Problematisch dürfte sein, dass sich die Qualität der Arbeitsplätze verringert hat und atypische Beschäftigungen zunehmen. Anfang 2012 erreichte die Nachfrage nach Teilzeitarbeitskräften ein Vier-Jahres-Hoch. Von den weiblichen Beschäftigten sind inzwischen 7,9 Prozent, von den männlichen 6,2 Prozent in Teilzeit angestellt.
- Beim Pro-Kopf-BIP hat Ma sein Ziel von 30.000 USD zwar weit verfehlt, aber es ist seit 2008 – mit einer leichten Delle im Jahr 2009 – ständig gestiegen: von 17.339 auf geschätzte 20.246 USD im Jahr 2011 (bei Umrechnung auf Kaufkraftparität sogar von 32.200 auf 38.000 USD). Anders sieht die Entwicklung bei den durchschnittlichen Monatseinkommen aus. Diese verzeichneten in den Jahren 2008, 2009 und 2011 Rückgänge und liegen heute unter dem Niveau von 2008.
- Auch die Kluft zwischen den verfügbaren Einkommen der obersten 20 Prozent der Bevölkerung zu den untersten 20 Prozent ist gestiegen, vom Sechsfachen auf das 6,2-Fache.<sup>6</sup> Die Zahl der Familien, die unterhalb der Armutsgrenze liegen, soll in den letzten zwei Jahren um 10.000 auf 114.000 gestiegen sein. Ma hob in diesem Zusammenhang hervor, dass unter ihm das höchste Niveau an Regierungsausgaben für soziale Sicherung erreicht wurde.

Letztlich scheinen die Wirtschaftsthemen die traditionellen Wähler der DPP oder die Unentschiedenen nicht übermäßig für die DPP mobilisiert zu haben. Hinzu kommt, dass die wirtschaftliche und soziale Entwicklung, wie schon oben erwähnt, nicht von den Beziehungen zu China zu trennen ist, vor allem nicht von den künftigen Ge-

<sup>6</sup> Während der ersten Amtszeit Chens war der Anstieg noch größer, vom 5,5-Fachen auf das 6,0-Fache.

schaftsmöglichkeiten. Hier konnte die Regierung mit Zahlen belegen, dass die Abhängigkeit von China, die sie billigend in Kauf genommen haben soll, nur unwesentlich gestiegen ist. Seitdem die Exporte nach China und Hongkong unter dem DPP-Präsidenten Chen zwischen den Jahren 2000 und 2004 von 23,9 Prozent auf 39 Prozent sprunghaft zugenommen haben, halten sie mehr oder weniger ihren Anteil von rund 40 Prozent (2010 = 41,8 Prozent).

Im Vergleich mit anderen Handelspartnern Chinas ergibt sich wiederum, dass Taiwan stark an Marktanteilen verloren hat, vor allem in den Sektoren Plastik und Gummi, Chemikalien, optische Instrumente, Textilien und Schuhe. Ohne die verbesserten Wirtschaftsbeziehungen, so die logische Schlussfolgerung, sähe es noch schlechter aus. Der schnell expandierende chinesische Tourismus nach Taiwan lässt darüber hinaus viele Unternehmer und Beschäftigte in den Dienstleistungsbereichen ganz praktisch die Vorteile der Entspannung spüren.

### Erleichterung in China und den USA

Sowohl in China als auch in den USA wurde das Wahlergebnis mit Erleichterung aufgenommen. Beide hatten zwar während des Wahlkampfes erklärt, sich nicht einmischen zu wollen, aber doch deutlich signalisiert, dass sie im Interesse der Stabilität in der Taiwanstraße für eine Fortsetzung der bisherigen Politik waren. China hatte dabei besonders vorsichtig vorgehen müssen; noch zu präsent waren die absolut kontraproduktiven Auswirkungen der massiven Einmischungen und (1996 auch militärischen) Drohungen bei den Wahlen der Jahre 1996 und 2000. So hielt man sich im letzten halben Jahr auch mit den bis Mitte 2011 noch geäußerten Aufrufen zur Aufnahme politischer Gespräche oder von Treffen zwischen Militärs zu vertrauensbildenden Maßnahmen zurück. Allerdings wiesen verschiedene Spitzenpolitiker, darunter der Direktor des Taiwan Affairs Office, verschiedentlich eindeutig darauf hin, dass es ohne die Anerkennung des „Konsens von 92“ wohl keine Fortsetzung der bilateralen Gespräche geben könne – wobei man wohl dennoch davon ausgehen kann, dass auch Beijing einen Plan B hatte (Romberg 2012).<sup>7</sup>

<sup>7</sup> Anders als von vielen im Westen vermutet, gab es in Chinas

Beide Kandidaten, Ma wie auch Tsai, betonten in ihren Kampagnen immer wieder die besondere Bedeutung der Beziehungen zu Washington und versprachen, diese noch zu verbessern. Während in den USA gelegentlich (aber in Taiwan weit beachtete) Stimmen laut wurden, man solle Taiwan doch im eigenen wirtschaftlichen oder sicherheitspolitischen Interesse „aufgeben“ (so Paul V. Kane in der *New York Times* oder Charles Glaser in *Foreign Affairs*), stellte die US-Regierung unmissverständlich klar, dass der Erhalt „robuster und vieldimensionaler“ Beziehungen zu Taiwan ein wichtiges Element ihrer neu formulierten Hinwendung zu Asien (*turn to Asia*) sei (Campbell 2011).<sup>8</sup> Und dass man dabei lieber mit Ma zusammenarbeiten wolle, machte man indirekt deutlich, als nach dem Besuch Tsais in Washington im September 2011 ein ungenannter „senior official“ der *Financial Times* zu Protokoll gab, dass sie nicht alle Zweifel habe ausräumen können, dass „sie willens und fähig sei, die Stabilität der Beziehungen über die Taiwanstraße hinweg zu erhalten“ (Field, Kwong und Hille 2011). Ebenfalls inoffiziell, aber genauso deutlich waren die Worte des ehemaligen De-facto-Botschafters der USA in Taiwan, Douglas Paal, zwei Tage vor der Wahl, die USA seien nicht glücklich mit der Chinapolitik Tsais.

Es wäre sicherlich eine Geringschätzung der taiwanischen Wähler zu sagen, die Signale aus Beijing und Washington hätten die Wahl entscheidend beeinflusst, aber die Befürworter stabiler Beziehungen zu China fühlten sich auf jeden Fall bestätigt. Und in beiden Hauptstädten war denn auch die Erleichterung über das Wahlergebnis deutlich spürbar. US-Präsident Barack Obama betonte in seinem Glückwunsch an Ma: „Frieden in der Taiwanstraße, Stabilität und verbesserte Beziehungen, in einem Umfeld frei von Einschüchterung, sind von tiefer Bedeutung für die Vereinigten Staaten“. Für die EU begrüßte die Hohe Repräsentantin Catherine Ashton am 14. Januar 2012 das Abhalten von Wahlen in Taiwan und die Verbesserung der Beziehungen zu China und drückte ihre Hoffnung aus, dass sich dieser Trend fortsetze, verzichtete aber – wie üblich – auf jede wei-

Medien ein großes Interesse für die Wahlen. Laut der englischsprachigen Parteizeitung *Global Times* (Yang 2012) wurden allein im Sina Microblog innerhalb weniger Stunden nach Bekanntgabe des Wahlergebnis 2,97 Mio. Kommentare gepostet. Und anders noch als 2008, so die Zeitung, waren es diesmal nicht nur Intellektuelle, sondern die „Normalbürger“, die sich für Taiwan als „Labor der Demokratie“ interessierten.

<sup>8</sup> Dies dürfte wohl auch für einen republikanischen Präsidenten im Falle seines Wahlsieges 2012 gelten.

tergehende Äußerung, geschweige denn einen persönlichen Glückwunsch an Ma.

## Und Taiwan?

Für Taiwan waren diese Wahlen sehr wichtig. Der im Unterschied zu den bisherigen weniger emotional geführte Wahlkampf, etwas verhaltener eingesetzte Schmutzkampagnen sowie der Verzicht auf provokative Aktionen und auf die (z.B. über Referenden) enge Verknüpfung mit der Fragen von „Leben oder Tod“, also Unabhängigkeit oder Vereinigung, lassen einen Reifeprozess der Demokratie erkennen. In diesem Sinne ist es auch bedeutsam, dass es Tsai gelungen ist, die DPP aus ihrem Tief so schnell herauszuführen und eine nicht zu umgehende Opposition im Parlament zu bilden. Auch dass sie das Wahlergebnis sofort und uneingeschränkt anerkannt hat, ist für die weitere demokratische Entwicklung in Taiwan sehr wichtig.

Problematisch könnte Tsais sofortiger, zum 1. März 2012 wirksamer Rücktritt vom Vorsitz der DPP werden, wenn darauf z.B. ein länger anhaltender Grabenkampf zwischen den „alten Schwergewichten“ (wie Frank Hsieh, Annette Lu oder Su Tseng-chang) um die Lehren aus dem Wahlkampf und den künftigen Kurs der Partei folgen sollte. Der ehemalige Vorsitzende Hsu Hsin-liang schlug bereits vor, Tsais Chinapolitik zur offiziellen Plattform der DPP zu machen. Für Zündstoff sorgte auch der Vorschlag Hsiehs, die Partei solle ihr Streben nach einer De-jure-Unabhängigkeit Taiwans aufgeben und sich in ihrer Satzung stattdessen auf die Republik China und damit den Rahmen „eines Chinas“ beziehen.

Für Ma könnte in seiner zweiten Amtszeit das Regieren komplizierter werden, da er seine Politik angesichts der gestärkten Opposition weniger hinter verschlossenen Türen und im Alleingang gestalten kann. Auch sind die Fragen bislang unbeantwortet, wie viele leicht zu lösende Fragen es im Verhältnis zu China noch gibt und ob China nicht doch auf politische Gespräche drängen wird. Dann allerdings kann er sicherlich auf die starken Widerstände in Taiwan verweisen. Beide Seiten, China und Taiwan, wären gut beraten, zunächst das Erreichte zu konsolidieren – auch damit Ma in Taiwan selbst seine wirtschafts- und sozialpolitischen Vorhaben umsetzen kann, darunter die weitere Umstrukturierung und Modernisierung der Wirtschaft. Dabei sollte er weder

die Herausforderung durch den demografischen Trend, die zunehmende Alterung noch die bisweilen vernachlässigte jüngere Generation aus dem Auge verlieren.

## Literatur

- Campbell, Kurt M. (2011), *Why Taiwan Matters, Part II*, Testimony Before the House Foreign Affairs Committee, Washington D.C., 4. Oktober, online: <[www.state.gov/p/eap/rls/rm/2011/10/174980.htm](http://www.state.gov/p/eap/rls/rm/2011/10/174980.htm)> (11. Oktober 2011).
- DBS Group Research (2012), *Taiwan: Cross-strait Economic Links: Review and Preview*, 12. Januar, online: <[www.dbsvresearch.com/research/DBS/research.nsf/\(vwAllDocs\)/917BA4A7AF5C265E4825798300328832/\\$FILE/tw\\_2012Jan12.pdf](http://www.dbsvresearch.com/research/DBS/research.nsf/(vwAllDocs)/917BA4A7AF5C265E4825798300328832/$FILE/tw_2012Jan12.pdf)> (15. Januar 2012).
- Duchâtel, Mathieu (2011), *The DPP's Cross-Strait Policy under Tsai Ying-wen and the 2012 Elections in Taiwan*, project paper, Track Two Dialogue on EU-China-Relations and the Taiwan Question, Wujiang, 23.-24. Juni, online: <[www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/projekt\\_papiere/Taiwan2ndTrack\\_Duchatel\\_2011.pdf](http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/projekt_papiere/Taiwan2ndTrack_Duchatel_2011.pdf)> (1. Oktober 2011).
- Economic Intelligence Unit (2011), *Country Report: Taiwan*, November, online: <[www.eiu.com](http://www.eiu.com)> (3. Januar 2012).
- EIU siehe Economic Intelligence Unit
- Fifield, Anna, Robin Kwong und Kathrin Hille (2011), US Concerned about Taiwan Candidate, in: *Financial Times*, 15. September.
- Romberg, Alan D. (2012), *Taiwan Elections Head to the Finish: Concerns, Cautions, and Challenges*, China Leadership Monitor, 36, online: <[www.hoover.org/publications/china-leadership-monitor/article/104191](http://www.hoover.org/publications/china-leadership-monitor/article/104191)> (20. Januar 2012).
- Schucher, Günter (2008), *Das Eis schmilzt – Die taiwanisch-chinesischen Beziehungen nach dem Präsidentenwechsel in Taiwan*, GIGA Focus Asien, 5, online: <[www.giga-hamburg.de/giga-focus/asien](http://www.giga-hamburg.de/giga-focus/asien)> (20. Januar 2012).
- Yang, Jingjie (2012), Millions Follow Taiwan Poll, in: *Global Times*, 16. Januar, online: <[www.globaltimes.cn](http://www.globaltimes.cn)> (19. Januar 2012).

## ■ Der Autor

Dr. Günter Schucher ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am GIGA Institut für Asien-Studien, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Deutschen Gesellschaft für Asienkunde und Herausgeber der Zeitschrift *ASIEN*. Er ist Associate Fellow des European Research Center on Contemporary Taiwan an der Universität Tübingen.

E-Mail: <schucher@giga-hamburg.de>, Website: <<http://staff.giga-hamburg.de/schucher>>

## ■ GIGA-Forschung zum Thema

Mitglieder des GIGA Forschungsschwerpunkts 1 „Legitimität und Effizienz politischer Systeme“ befassen sich mit der Frage, in welcher Weise und unter welchen Bedingungen sich verschiedene Regime legitimieren und über welche Leistungsfähigkeit sie verfügen, wobei Legitimität und Effizienz in immer neuen Konstellationen bzw. Spannungsverhältnissen zu verstehen ist.

## ■ GIGA-Publikationen zum Thema

Godehardt, Nadine, Melanie Hanif und Ryoma Sakaeda (2009), *Sicherheitspolitische Herausforderungen der Regierung Obama in Asien*, GIGA Focus Asien, 1, online: <[www.giga-hamburg.de/giga-focus/asien](http://www.giga-hamburg.de/giga-focus/asien)>.

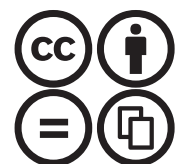
Schucher, Günter (2011), Taiwan, in: *Wirtschaftshandbuch Asien-Pazifik 2010/2011*, Hamburg: OAV, 495-515.

Schucher, Günter (2010), Where Minds Meet. The 'Professionalization' of Cross-Strait Academic Exchange, in: Ying-Jeou Ma (Hrsg.), *Chinese (Taiwan) Yearbook of International Law and Affairs*, 26 (2008, publ. 2010), London: Cameron May, 71-94.

Schütte, Hans-Wilm (2008), Taiwans Energiepolitik: Klimaschutz ist sekundär; in: *China aktuell*, 3, 196-220.



Der GIGA *Focus* ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden unter <[www.giga-hamburg.de/giga-focus](http://www.giga-hamburg.de/giga-focus)> und darf gemäß den Bedingungen der *Creative-Commons-Lizenz Attribution-No Derivative Works 3.0* <<http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en>> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere: korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als GIGA *Focus*, keine Bearbeitung oder Kürzung.



Das GIGA German Institute of Global and Area Studies – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Ausgewählte Texte werden in der GIGA *Focus* International Edition auf Englisch veröffentlicht. Der GIGA *Focus* Asien wird vom GIGA Institut für Asien-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Auf die Nennung der weiblichen Form von Personen und Funktionen wird ausschließlich aus Gründen der Lesefreundlichkeit verzichtet.

Redaktion: Günter Schucher; Gesamtverantwortliche der Reihe: André Bank und Hanspeter Mattes  
Lektorat: Christine Berg; Kontakt: <[giga-focus@giga-hamburg.de](mailto:giga-focus@giga-hamburg.de)>; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

**GIGA** *Focus*  
German Institute of Global and Area Studies  
Institut für Asien-Studien

IMPRESSUM